

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Bezugspreis monatlich M. 2.25, durch Voten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen M. 2.—, Wochenkarten 50 Pfg. Bei Postbezug vierteljährlich M. 6.75 ausschließlich Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 15 Pfg. Ausgabe werktäglich nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperre, Ausperrung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postkontonummer Leipzig 49 214. Geschäftsstelle: Hohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 3.

zugleich

Oberlungwitzer Tageblatt
und
Bersdorfer Tageblatt

Anzeigenpreis im Verbreitungsbezirk die Ogepaltene Kopypresse 40 Pfg., sonst 50 Pfg., Bekanntheit 1,25 Mk.; bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachsch. Anstufungsbefreiung und Vermittlung von schriftlichen Angeboten 30 Pfg. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Empfangsanspruch aus. Bei zwangsweiser Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abgabe in Anrechnung. — Fernsprecher Nr. 161.

Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Bersdorf, Hermsdorf, Rösdorf, Bernsdorf, Wästenbrand, Mittelbach, Grüna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf usw.

Nr. 28

Mittwoch, den 4. Februar 1920

47. Jahrgang

Kriegsbeschädigte, die vor dem 1. Juli 1916 entlassen worden sind, können **Entlassungsanträge** (Roth und Hofe) gegen Zahlung von 90 Mark bei der Geschäftsstelle des Vereins Heimatdank, Rathaus, Zimmer 28, erhalten. Ebenfalls sind getragene, aber instandgesetzte schwarz gefärbte Militärmäntel gegen Barzahlung bis zu 30 Mark noch zu haben. Ferner kann **Feinseife** abgegeben werden und zwar nur an Augenbeschädigte, Erblindete, Amputierte und solche Kriegsbeschädigte, deren Verwundung eine besonders sorgfältige und regelmäßige Reinlichkeitspflege erfordert. Es wird nur 1 Stück abgegeben für 1,35 Mark.

Hohenstein-Ernstthal, am 30. Januar 1920. Verein Heimatdank für die Stadt Hohenstein-Ernstthal.

Auslandsbutter, jede Person 50 Gramm — 95 Pfg. 4186—4575: Schmidt, 1351 bis 2600, 4576—4900: Meyer, 2601—3340, 4981—5600: Löffel, 3341—3700, 5601—5850: Horn

Weiße Bohnen, jede Person 125 Gramm. 1 Pfund Mk. 2.85. Lorenz, Hiltengrund, Müller, Könta-Albertstr., Reuther, Bismarckstr., Schneider, Ulmerstr., Weber, Dresdner Str., Stephan, Pfarrhain, Wegel, Marktstr., Türschmann, Konsumverein.

Sago, jede Person 50 Gramm. Lorenz, Hiltengrund, Reuter, Bismarckstr., Grünig, Karlstr., Baumgärtel, Zillplatz, Egerland, Breite Str., Uhlig, Schubertstr., Layrig, Neumarkt, Türschmann, Marktstr., Konsum-Verein.

Oberlungwitz.

Krankentrot. Das Krankentrot kann vom 3. Februar bis mit 31. März 1920 bei Bäckermeister Karl Sachs, unterer Ort, und bei Bäckermeister Paul Wötcher, oberer Ort, bezogen werden. Oberlungwitz, den 3. Februar 1920. Der Gemeindevorstand.

Sparkasse Bersdorf.

(Unter Garantie der Gemeinde.)

Zinssfuß: 3/100. Tägliche Verzinsung. Geschäftszeit: Jeden Werktag 8—1 Uhr, Mittwochs außerdem von 3—5 Uhr, in Rathaus, Zimmer Nr. 3. (Haltestelle der Straßenbahn.) Uebertragungen von Guthaben bei anderen Kassen erfolgen kostenlos und ohne Zinsverlust. Buchgebühren werden nicht erhoben. Strengste Geheimhaltung.

Die sächsischen Staatsbahnen.

Die Uebergabe der sächsischen Staatsbahnen an das Reich bedeutet für den sächsischen Staat einen Vermögensverlust von fast zwei Milliarden Mark. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, in welcher Weise Sachsen dafür vom Reich entschädigt werden wird. Wir werden in zwangloser Folge in einer Artikelreihe die Geschichte des sächsischen Eisenbahnwesens, den Uebergang zum reinen Staatsbahnbetrieb, den gegenwärtigen Stand der sächsischen Staatsbahnen und schließlich auf die sächsische Eisenbahnpolitik bringen. (Die Schriftleitung.)

I. Mit dem 1. April 1920 verliert Sachsen die Freiheit über sein Verkehrsnetz und damit ist das Schlusskapitel in der Geschichte des sächsischen Staatsbahnenwesens geschrieben. Auch hier fehlt der berühmte und nahezu unvermeidliche „Vorhang“ nicht. Gemeint ist der Uebergang der Königlich sächsischen Post in die Verwaltung des Norddeutschen Bundes am 1. Januar 1868. Die „Verreichlichung“ der sächsischen Staatsbahnen hat aber noch eine ganz andere Bedeutung, als die des Post- und Telegraphenwesens. Der sächsische Staat verliert damit einen Besitz im Werte von fast zwei Milliarden Mark, die Staats- und Volkswirtschaft Sachsens geht eines gewaltigen Faktors verlustig und der Schwerpunkt der sächsischen Belange auf einen äußerst lebenswichtigen Gebiet erfährt eine tief einschneidende Verschiebung.

Ein großer Teil des sächsischen Volkes ist sich der weittragenden und erst später zur Auswirkung kommenden Folgen dieses Schrittes zurzeit gar nicht bewusst. Es liegt im Geiste dieser Zeit, sich vom Ueberlieferungen und geschichtlich Gewordenen leicht zu trennen, wie leben nun einmal in der Zeit des Neurepens und Loslösen vom Altervorurteil. Auf diesem Wege und Scheidepunkt angelangt — es ist noch nicht gesagt, daß damit ein Höhepunkt erreicht sei — erscheint es angebracht, einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der sächsischen Staatsbahnen zu werfen.

Auch die Eisenbahnen haben ihre uralte Vorgeschichte und diese geht, wie nicht anders zu erwarten, auf die alten Ägypter zurück, die schon kleinere Gleise verwendeten. Schienenwege gab es bereits vor 500 Jahren in Europa, und zwar zuerst in Deutschland, in den Erzbauhäusern des Harzes. Ob auch die Freiburger Silbergruben solche Einrichtungen hatten, ist nicht bekannt. Tatsache ist jedoch, daß die erste Eisenbahn überhaupt in Sachsen

um das Jahr 1830 auf der Pleiße bei Nordharz bei Freiberg in Form einer kurzen Förderbahn angelegt wurde. Zur selben Zeit begann der Eisenbahngedanke als allgemeines Verkehrsmittel in Europa greifbare Gestalt anzunehmen. Von England sprang er auf das Festland über und faßte auch in Deutschland Fuß. Die Welt war vom Eisenbahnfieber ergriffen und wurde es nicht wieder los. Unvollkommene und kurze Industriebahnen am Rhein, im Harz und in Oberbayern leiteten das Eisenbahnzeitalter in Deutschland ein. Die ersten zaghaften Schritte folgten als kräftigerer 1832 die Pferdebahn Ludwigs-Elz. 1835 wurde die erste Dampfeisenbahnlinie Nürnberg-Fürth eröffnet und nun gab es kein Halten mehr.

Schon 1833 hatte der Feuergeist Friedrich List in Leipzig seine aufsehenerregende Schrift „Ueber ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen Deutschen Eisenbahnsystems und insbesondere über die Anlegung einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden“ erscheinen lassen und damit eine Frage von höchster Bedeutung für Sachsen aufgerollt. Bezeichnend ist, daß aber schon zehn Jahre früher der Plan auftauchte, einen Schienenweg nach den Steinlohlengruben des Blaueschen Grundes anzulegen, auch in Chemnitz und Zwickau reisten sich bald danach ähnliche Gedanken. Aber alle diese Pläne mußten zurücktreten hinter dem durch List's Eifer die Allgemeinheit immer mehr beherrschenden Gedanken einer Eisenbahnverbindung Leipzig — Dresden. Weltbildende Leipziger Kaufleute, allen voran Harfort, schritten zur Tat. Im Artilleriehauptmann Kunze fanden sie den geeigneten Techniker, die Staatsregierung förderte das Unternehmen in jeder Weise und so schritt schon am 24. April 1837 der erste Lokomotivzug über Leipziger Station, bis endlich am 9. April 1839 nach unsäglichen Schwierigkeiten die Gesamtstrecke Leipzig — Dresden eröffnet werden konnte.

Diesen Leuchtturm hält sein Arm mehr auf! hatte König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen gesagt. Er hat Recht behalten. Eine neue Zeit begann. Der vernünftige Eisenbahngedanke hatte die Folgen eines befruchtenden Gemitterregens. Überall sprang und blühte es. Man fuhr zwar auf der neuen Eisenbahnlinie zunächst noch auf englischen Schienen und mit englischen Lokomotiven, geführt von englischen Lokomotivführern. Aber deutsche Lokomotive machte sich bald frei von der technischen Herrschaft der Fremden. Bereits 1839 nahm die erste sächsische, in Lebnau bei Dresden erbaute Lokomotive „Sagonia“ den Wettbewerb mit den Engländern auf und kurz darauf begann man auch Wagen in eigenen Werkstätten herzustellen. Es lag im Wesen der damaligen Staatsaufgaben, daß man das erste große Eisen-

bahnunternehmen nicht selbst in die Hand nahm, sondern Privaten überließ. Trotzdem beteiligte sich die Staatsregierung daran in großzügiger Weise, u. a. durch Uebernahme von Aktien. Auch die Landstände griffen fördernd und unterstützend ein. In der ständischen Schrift vom 20. Juni 1840 wurde schon der Gedanke des Eisenbahnbaues auf Staatskosten ins Auge gefaßt.

Gegen den Einheitsstaat.

In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preussischen Kabinetts wurde über den Antrag der preussischen Landesversammlung wegen Herbeiführung des Einheitsstaates beraten. Es herrschte Einigkeit darüber, daß die Reichsverfassung eine ausreichende Grundlage dafür gewähre, die einheitliche Grundlage des Reiches zu erhalten und auszubauen. Die Verfassung namentlich bei den süddeutschen Staaten, als ob das Reich beabsichtige, gegen ihren Willen ihre politischen Rechte zu schmälern, wurde daher von allen Seiten als unbegründet erklärt. Es wurde auch anerkannt, daß bei der notwendigen Dezentralisation keine Veranlassung vorliege, die Gebilde der süddeutschen Staaten zusammenzuführen. Andererseits wurden die Schwierigkeiten, den preussischen Staat an ein Dezentralisationsreich anzugliedern, nicht verkannt. Auch hier vertrat man sich eine Abhilfe nicht in dem unhistorischen Gedanken einer Zerstückelung Preußens, sondern ging davon aus, daß die Entwicklung organisch vor sich zu gehen habe. Darüber, daß auf dem Wege einer Dezentralisation Preußens weitergegangen werden muß, war man sich einig. Zur weiteren Klärung der Fragen wurde ein Unterausschuß aus drei Reichsministern und drei preussischen Ministern gebildet.

Das Grab des Bolschewismus.

In ein paar Monaten hat der Bolschewismus vernichtet, was das Ergebnis jahrhundertelanger Kultur. Die unüberleglichen Zeugnisse dieser Kultur, „Ökonomisches Jahrbuch“ (Wirtschaftsleben), die amtliche Wirtschafts- und Finanzzeitung der Sowjetregierung, aus deren letzten Nummern folgende Beispiele herausgegriffen seien:

Strahlenbahn in Moskau. Wagenbestand: August 1917 über 1000 (genaue Zahl fehlt). Im Januar 1919 noch 390, im Juli 250, im Oktober 150 Wagen.

Pferdebestand in Moskau. Im November 1917 rund 120 000 Arbeitspferde, im April 1918 noch 21 000, im Frühling 1919 nicht mehr als 12 000, im Herbst 1919 nur noch 8000 übrig (das sind nur noch 8 v. H. der vorkommunistischen Norm).

Salz. Vom Markte völlig verschwunden. In einigen Orten Nordsibiriens zerfällt die Bevölkerung dieses mit Salz durchdrännte Holz beim Kochen der Speisen als Salzlake.

Holz. (Petersburg.) Da die Brennholzfrage sich verschärft hat, ist beschlossen worden, eine weitere Reihe von Holzhäusern, die in die früheren Listen noch nicht aufgenommen waren, abzugeben. Diese Maßnahme wird 10 000 Kubikfaden ergeben. Das Abbrechen von Leichtern (Klaffschiffen auf der Neva) hat etwa 2000 Kubikfaden ergeben (1 Faden ist 2,13 Meter). 75 v. H. alles gewonnenen Holzes wird den Eisenbahnen, der Baltischen Flotte und der elektrischen Kraftstation überlassen (also staatliche Einrichtungen.) Wegen des Holzmannes ist beschlossen worden, mehrere Schulen in einer einzigen zu vereinigen. Die Angestellten und die Schüler der höheren Klassen werden durch Abbrechen von Häusern und Bergen von Leichtern selbst das für die Schule nötige Holz beschaffen.

Wendlerungs ziffern. Von den rund 23 Millionen Einwohnern Petersburgs in der vorkommunistischen Zeit waren am 1. September 1919 noch 954 204 übrig. Seitdem haben der Winter und allerschwerste epidemische Krankheiten unter der sich schon physisch äußerst geschwächten Bevölkerung ungezählte Opfer gefordert; heute werden kaum mehr als 600 000 übrig sein. Die Sterblichkeit hat im Vergleich zu einigen wenigen früheren Epidemiejahren, die aber als besondere Ausnahme zu betrachten sind, um 200 v. H. zugenommen, im Vergleich zur gewöhnlichen früheren Norm um 300 bis 400 v. H.

Baumwollindustrie. 1915 gab es in Rußland 10 300 000 Spindeln und 249 920 Webstühle. Am 1. September 1919 arbeiteten 300 000 Spindeln und 16 188 Webstühle. Die Statistik fügt lakonisch hinzu: gegenwärtig sticht die Tätigkeit der nationalisierten Baumwollfabriken vollständig ab.

Das ist natürlich nur ein kleiner Auszug aus der unübersehbaren Liste der Tatsachen. Aber er zeigt schon zur Genüge, wohin der Bolschewismus mit seinen weltbeglückenden Idealen führt. Weder in seinen Zielen, noch in seinen Mitteln — bekanntlich sind die russischen Bolschewisten die Opfer der grausamsten Diktatur ihrer Führer — wird ein Mensch mit klarer Vernunft etwas Menschenswürdiges erliden wollen. Zumal die Entwicklung nach unten ja noch lange nicht abgeschlossen ist. Eben jetzt wird berichtet, daß man in Sowjetrußland Kohlen nur noch auf ärztliches Rezept erhält. Wenn man alle Holzhäuser abgerissen haben wird, dann wird man freilich überhaupt keine Kohlen mehr nötig haben.

Keine Streikgefahr im Ruhrrevier

Der außerordentlichen Generalversammlung des Alten Bergarbeiterverbandes folgten Sonntag mehr als 150 Zahlstellenversammlungen dieses Verbandes im Ruhrrevier, in denen die Mitglieder der Stellung zu den gefassten Beschlüssen nahmen.

In allen Versammlungen wurde dem Beschlusse, auf die zwingende Einführung der Sechsstundenarbeit angesetzt der wirtschaftlichen Notlage des deutschen Volkes zu verzichten, zugestimmt. Die Annahme des Beschlusses erfolgte in der übergroßen Mehrzahl der Versammlungen einstimmig. Die sofortige Einführung der Sechsstundenarbeit wurde entschieden abgelehnt und erklärt, daß jedem Versuch unläuterer Elemente, Forderungen zu verurteilen, mit aller Energie entgegengetreten wird. In den Versammlungen wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß die Bergarbeiter sich ihrer

Verantwortung dem Volke gegenüber bewusst seien und ihre Pflicht erfüllen würden. Notwendig sei aber auch, daß andere Volksteile ihre Pflicht im Interesse des Volksganges gleichfalls erfüllen. Vor allem müsse die Landwirtschaft in der Lieferung von Lebensmitteln weit mehr tun als bisher. Die schwere Arbeit des Bergmanns erfordere eine genügende Ernährung. Von der Regierung erwarteten die Bergarbeiter energisches Vorgehen gegen die Schieber und den Schleichhandel, sowie die baldige Vorlage eines Notgesetzes zur Erhöhung der Invaliden- und Witwenrenten und zur Erhöhung des Grundlohnes für das Branntwein.

Ebenso wie der Alte Verband hielten auch der Christliche Gewerbeverein und der Christliche Bergarbeiterverband zahlreiche Versammlungen zur Besprechung der Schlichterfrage ab. Allenfalls wurde auch hier die Stellungnahme der Generalversammlungen der großen Verbände gebilligt.

Fehlgeschlagene Erzwingung der Sechsstundenarbeit

Nach an maßgebender Stelle eingegangenen Nachrichten ist gestern mittag im Essener Kohlenbezirk auf den Felsen „Wolfsbühl“, „Carolus Magnus“, „Victoria Mathias“, „Selene“ und „Gustav“ versucht worden, nach Ablauf einer sechsstündigen Arbeitszeit die Ausfahrt zu erzwingen. Die Versuche sind restlos gescheitert. Zu Unrufen ist es bis zur Stunde noch nicht gekommen.

Neugestaltung der Erwerbslosenfürsorge.

Zugunsten der Arbeitslosen, insbesondere der weiblichen Arbeitslosen, die sich vielfach, vor allem in den großen Städten infolge der steigenden Entwertung des Geldes und der Steigerung der Lebensmittelpreise in Not befinden, hatten Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung eine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet. Darauf hat der Reichsarbeitsminister erwidert: Die Reichsregierung hat dieser Not schon durch die Gewährung einer Winterbeihilfe entgegenzuwirken versucht. Da der Empfängerkreis der Winterbeihilfe verhältniß-